



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
1. Sitzung des Rates
am Mittwoch, dem 29.04.2009
in der Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:45 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Christel Ciecior
Frau Britta Dreher
Herr Dieter Drescher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Frau Gabriele Keutgen-Bartosch
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Hartmut Madeja
Frau Annette Mann
Herr Jochen Müller
Frau Ursula Müller
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU

Frau Ingrid Borowiak
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes

Herr Reinhard Hasler
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf
Herr Rüdiger Plümpe
Herr Franz Hugo Weber
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Alexandra Möller
Frau Bettina Werning

FDP
Herr Detlef Knop
Herr Christian Voss

BG (neu)
Herr Hans-Peter Kaminski
Herr Dieter Kloß

fraktionslos
Herr Dr. Jörg Frey
Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Gustav-Adolf Kersten
Frau Ursula Lungenhausen
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Herr Jochen Baudrexl
Herr Reiner Brüggemann
Frau Sabrina Conrad
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten
Frau Ina Scharrenbach

Herr Bürgermeister **Hupe** begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Wiederwahl des Schiedsmannes für den Bezirk VI (Kamen-Heeren-Werve) sowie des Schiedsmannstellvertreters für den Bezirk VI	007/2009
2	Änderung der Satzung über Kostenersatz für Einsätze und über Entgelte für freiwillige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kamen	001/2009
3	Bebauungsplan Nr. 18 Ka-HW "Hans-Böckler-Straße / THS-Siedlung" hier: Satzungsbeschluss	006/2009
4	Fortführung des Projektes "Saubere Stadt Kamen"	031/2009
5	Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben zur Umsetzung von Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz	024/2009
6	Finanzsituation der Stadt Kamen	
6.1	Jahresrechnung 2008	
6.2	Bericht der Verwaltung - Rückblick und Ausblick	
7	Erhöhung der bestehenden Beteiligung an der Trianel GmbH, mittelbare Beteiligung an deren Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen	016/2009
8	Mittelbare Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen an der Trianel Windpark Borkum Verwaltungsgesellschaft mbH über die Trianel GmbH hier: Ausräumung des Gremienvorbehaltes seitens der GSW als Gesellschafter der Trianel GmbH für die Übernahme von weiteren 25% an der Trianel Windpark Borkum Verwaltungsgesellschaft mbH (TWBV)	017/2009
9	Beteiligung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH an der newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	020/2009
10	Einwohnerfragestunde	
11	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Anzeige von Nebentätigkeiten gem. § 18 KorruptionsbG	021/2009
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
3	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
007/2009

Wiederwahl des Schiedsmannes für den Bezirk VI (Kamen-Heeren-Werve) sowie des Schiedsmannstellvertreters für den Bezirk VI

Beschluss:

Folgender Schiedsman wird wieder gewählt:

Bezirk VI : Herr Klaus Peter Cornelius, Zum Mühlbach 20, 59174 Kamen

Folgender Stellvertreter wird wieder gewählt:

Bezirk VI : Herr Werner Krüger, Dresdener Str. 1, 59174 Kamen

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
001/2009

Änderung der Satzung über Kostenersatz für Einsätze und über Entgelte für freiwillige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte "Erste Satzung zur Änderung der Satzung über Kostenersatz für Einsätze und über Entgelte für freiwillige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kamen".

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
006/2009

Bebauungsplan Nr. 18 Ka-HW "Hans-Böckler-Straße / THS-Siedlung"
hier: Satzungsbeschluss

Ergebnis des Mitwirkungsverbot gem. § 31 GO NW (in der derzeit gültigen Fassung)

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt nach Prüfung und Abwägung gem. § 2 (1) sowie § 10 (1) BauGB i.V.m. § 233 (1) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Art. 1 G vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316):

1. über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) i.V.m. § 13 (2) Nr. 2 BauGB geäußerten Anregungen entsprechend der beigefügten Stellungnahmen der Verwaltung;
2. den Bebauungsplan Nr. 18 Ka-HW „Hans-Böckler-Straße / THS-Siedlung“ gem. § 2 (1) sowie § 10 (1) BauGB (in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Art. 1 G vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316)) als Satzung.

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind in dem beiliegenden Lageplan ersichtlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
031/2009

Fortführung des Projektes "Saubere Stadt Kamen"

Frau **Dyduch** nahm zu der Beschlussvorlage Stellung und betonte besonders die Wichtigkeit der Öffentlichkeitsarbeit und der Fortführung des Projektes bis zum Jahr 2010. Das Umfrageergebnis mache den Bekanntheitsgrad und die Akzeptanz des Projektes bei der Bevölkerung deutlich. Besonderes Augenmerk der SPD-Fraktion gelte dem Öffentlichkeitskonzept, um das Thema u.a. auch in Kindergärten, Schulen und anderen Einrichtungen bewusst zu machen und präventiv zu begleiten. Die Frage, wie eine Stadt wie Kamen sauber zu halten sei, könne durch das Konzept, mit den aufgeführten drei Bausteinen, gelöst werden, so Frau Dyduch. Diese Bausteine seien im Einzelnen die Reinigung, Öffentlichkeitsarbeit und ordnungspolitische Maßnahmen. Gerade dieser Mix aus den drei Komponenten zeichne das Projekt aus. Sie begrüßte es, dass die Arbeit weiterhin durch die GWA erledigt werden

solle. In diesem Zusammenhang sei u.a. der Beschäftigungsaspekt mit einzubeziehen, und dass mit der GWA ein verlässlicher Partner gefunden worden sei.

Der Beschlussvorschlag finde daher die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Herr **Kühnapfel** äußerte ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Beschlussvorschlag.

Besonderer Wert werde dabei auf das begleitende Öffentlichkeitskonzept gelegt.

Eine Fortführung für die Dauer von weiteren 3 Jahren bewertete er für sinnvoll, besonders im Hinblick auf die Personalplanungssicherheit der GWA.

Zu kritisieren gebe es allerdings die bislang noch fehlende Erfolgskontrolle des Projektes. Ziel sollte es sein, die Müllmengen langfristig zu reduzieren, dazu müssten langfristige Messungen durchgeführt werden, die aber nicht zu teuer und kompliziert gestaltet sein sollten. Im Vordergrund habe der Nachweis, dass die Geldmittel sinnvoll eingesetzt werden, zu stehen.

Herr Kühnapfel zeigte sich zudem verwundert über den vierten Punkt der Beschlussvorschlages, da dieser Punkt doch ein Geschäft der laufenden Verwaltung sei.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass der Absatz 4 des Beschlussvorschlages im Kontext mit dem Absatz 1 der Seite 13 der Vorlage zu sehen sei und zur Kenntnisnahme der ordnungspolitischen Maßnahmen dienen solle.

Der Vorschlag bezüglich der Erfolgskontrollen werde anregend zur Kenntnis genommen, zur Zeit seien diese nur im mittelfristigen Bereich möglich.

Herr **Knop** konnte der Beschlussvorlage zwei Kernpunkte entnehmen. Zum einen den Bekanntheitsgrad der auffällig gekleideten Reinigungskräfte und zum anderen die geringeren Müllmengen.

Die Vorgehensweise erachte er trotzdem nicht als schlüssig. Hierzu führte er an, dass die auffällige Kleidung und die Präsenz signalisiere, dass keine eigene Verantwortung übernommen werden müsse, da andere sich um das Müllproblem kümmern. Ebenfalls fände auf diesem Weg auch keine Sensibilisierung der Bevölkerung für das Thema statt.

Er gab zu Bedenken, dass keine andere Nachbarstadt das Konzept übernommen habe. Ausschlaggebend dafür sei vermutlich der Kostenfaktor.

Aus den genannten Gründen finde die Vorlage auch nicht die Zustimmung der FDP-Fraktion.

Herr **Hasler** merkte an, dass man, das Ergebnis betrachtet, nicht viel weiter gekommen sei. Es bestehe allerdings ein Konsens über die „Saubere Stadt“ und die Säuberungsmaßnahmen.

Das Konzept der Aufklärungsarbeit an sich bewertete er generell als sinnvoll, um auch einen Umdenkungsprozess in Kindergärten, Schulen und Vereinen voranzutreiben.

Jedoch sah er die Aufklärung der letzten drei Jahre ohne großen Erfolg, da in dieser Zeit kein erzieherischer Effekt erreicht worden sei.

Positiv stelle sich zwar die Kostensenkung des Projektes dar, jedoch sei die Frage des Zustandekommens der Kosten, wie beispielsweise der Fixkosten, Abschreibungen und Zinsbeträge bislang unbeantwortet geblieben. Die Pflicht zum sorgsamem Umgang mit Steuergeldern begründe die Offenlegung dieser Kosten.

Fraglich sei, wie intensiv der ordnungspolitische Ansatz im Vergleich zu anderen Städten verfolgt werde.

Bezogen auf die gesetzte Zeitschiene, bevorzuge die CDU-Fraktion eine jährliche Betrachtungsweise des Projektes mit einer jährlicher Rückmeldung

der erzielten Ergebnisse.

Die CDU-Fraktion könne der Vorlage zustimmen, soweit eine Fortführung zunächst bis zum Jahr 2010 begrenzt werde.

Unter Bezugnahme auf seine letzten Vorredner, sah auch Herr **Kaminski** gewisse Defizite in dem Projekt. Grundsätzlich sehe er den Beispielcharakter als den ausschlaggebenden Aspekt. Er bemängelte, dass viele Stellen, wie z.B. einige Containerstandorte und Radwege sehr verdreckt seien. Herr Kaminski vertrat daher die Auffassung, dass Ordnungsmaßnahmen sowie öffentliche Informationen zur Prävention, beispielsweise an den Containerstandorten, mehr in den Vordergrund gesetzt werden müssten.

Herr **Klanke** äußerte sich zunächst erfreut über den Konsens, dass die Stadt sauber sei. Dies sei ein Indikator für den Erfolg des Projektes. Viele Bürger und auch Gewerbetreibende würden das Projekt schätzen. Weiterhin stellte er heraus, dass die Laufzeit des Projekts wichtig sei für die Planungssicherheit der GWA. Eine Durchführung in eigener kommunalen Hand sei vermutlich nicht günstiger zu realisieren.

Sodann ließ Herr Hupe, unter Berücksichtigung der Anregung der CDU-Fraktion und nach Zustimmung der Ratsmitglieder, über die Absätze 1, 3 und 4 zusammen und den Absatz 2 getrennt abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen nimmt das Ergebnis der Umfrage zum Projekt „Saubere Stadt Kamen“ zur Kenntnis und beschließt das für die Jahre 2009 bis 2011 vorgelegte Öffentlichkeitskonzept und die damit verbundenen Kosten.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, das Projekt „Saubere Stadt Kamen“ bis mindestens zum Jahr 2011 fortzuführen.

Abstimmungsergebnis: bei 14 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Der Rat der Stadt Kamen erwartet, dass sich langfristig durch die Wirkung des Öffentlichkeitskonzeptes eine weitere Sensibilisierung im Abfallverhalten einstellt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung weiterhin wegen ermittelter Verstöße gegen eine geordnete Abfallentsorgung oder gegen die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Verkehrsflächen und in Anlagen im Gebiet der Stadt Kamen konsequent Bußgeldverfahren einleiten wird.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 5.
024/2009

Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben zur Umsetzung von Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz

Auf die Frage des Herrn **Hasler**, ob von dem Maßnahmenkatalog noch abgewichen werden könne, antwortete Herr **Baudrexl**, dass das Maßnahmenpaket im Hauptausschuss beschlossen wurde. Die Beschlussvorlage betreffe keine inhaltlichen Aspekte, sondern lediglich die haushaltsrechtliche Klärung.

Bezüglich der Anträge der evangelischen Kirchengemeinden Kamen-Methler und Kamen-Mitte werden zur Zeit noch Gespräche geführt. Eine Ergänzung des Maßnahmenpakets wäre aber möglich.

Hier stehe im Vordergrund, dass Maßnahmen, die bereits umsetzbar sind, durchgeführt und Aufträge an Firmen vergeben werden könnten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen genehmigt für die Durchführung der vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 24.03.2009 beschlossenen Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II die Bereitstellung von außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von bis zu 4.579.133,33 Euro.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Finanzsituation der Stadt Kamen

Zu TOP 6.1.

Jahresrechnung 2008

Herr **Hupe** schlug vor aufgrund des engen Zusammenhangs die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 zusammenzufassen.

Zu TOP 6.2.

Bericht der Verwaltung - Rückblick und Ausblick

Eingangs erinnerte Herr **Baudrexl** an seinen Bericht im Haupt- und Finanzausschuss mit erfreulichen Zahlen für das Jahr 2008 aber auch einer kritischen Aussicht auf das Jahr 2009 und die folgenden Jahre.

Anhand einer Powerpointpräsentation (siehe Anlage) berichtete er nun detailliert über den Jahresabschluss 2008.

Er stellte positiv heraus, dass im Jahr 2008 im Gegensatz zu den Vorjahren aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein positives Saldo i.H.v.

2.278.632,43 Euro zu verzeichnen sei. Das Finanzergebnis mit -2.801.889,32 Euro stelle sich dagegen aufgrund des Zinsanstieges und der Verschuldung schlechter dar als in den Vorjahren. Die Betrachtung des außerordentlichen Ergebnisses sei bezüglich des Volumens von Interesse. Die Ertragsseite beinhalte die Abschlagszahlungen des Landes bezüglich des Gerichtsurteils zur Überzahlung im Fond der Deutschen Einheit. Die Aufwandsseite umfasse die Übernahme von Altdefiziten des Kreises Unna. Ohne den Makel des außerordentlichen Ergebnisses würde das Jahresergebnis einen Überschuss ausweisen.

Der Vergleich der Planung 2008 mit dem Ergebnis 2008 weise ein insgesamt positive Entwicklung auf der Ertragsseite vor allem bei den Steuern auf. Auf der Aufwandsseite stelle sich bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen u.a. durch Tarifabschlüsse eine Verschlechterung zum Plan dar. Die Aufwendungen für Sach – und Dienstleistungen lassen dagegen durch sparsame Haushaltsführung eine Verbesserung erkennen.

Insgesamt weisen die Finanzerträge eine Verschlechterung zur Planung aus, dies sei im Zusammenhang u.a. mit dem Verzicht auf die Gewinnabführung des Eigenbetriebs zu sehen.

Entscheidend für das positive Ergebnis beim Vergleich des Plans und Ergebnisses 2008 seien vor allem die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer i.H.v. 6.600.000,- Euro.

Im Rückblick bis zum Jahr 2005 sei eine Einnahmeverbesserung i.H.v. 21,5 Mio. Euro, abzüglich der Kreisumlage und der Abdeckung von Altlasten, zu verzeichnen. Hierbei seien seit 2005 die größten Veränderung bei den Schlüsselzuweisungen zu registrieren, die Kreisumlage sei entsprechend mit gewachsen.

Die Prognose für das Jahr 2009 verglich Herr Baudrexl mit dem Ergebnis des Jahres 2006. Schwierig sei dabei die Entwicklung der Gewerbesteuern zu beurteilen. Die Tendenz gehe dahin, dass die Wirtschaftskrise sich diesbezüglich erst im Jahr 2010 auswirken werde. Mit einer Erhöhung der Kreisumlage könne wahrscheinlich aufgrund steigender Soziallasten gerechnet werden. Mit Blick auf die zukünftigen Jahre halte er daher Sorgenfalten für berechtigt.

Die Entwicklung der Kassenkredite befinde sich weiterhin auf hohem Niveau. Seit dem Jahr 2004 sei ein deutlicher Anstieg der Kassenkredite zu verzeichnen. Nur im Jahr 2008 habe es eine geringe Absenkung gegeben, und das trotz Überweisung des Altdefizites des Kreises Unna i.H.v. 5,1 Mio. Euro.

Die Entwicklung der investiven Darlehen stelle sich weniger besorgniserregend dar. Im Jahr 2008 konnte die Nettoneuverschuldung sogar etwas reduziert werden. Ein entsprechender Zusammenhang bestehe zu der Entwicklung der investiven Auszahlungen, die im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls reduziert wurden.

Der Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen für Investitionen und der Nettoneuverschuldung im Zeitraum 2005 bis 2008 zeige eine recht solide Gegenfinanzierung der getätigten Investitionen auf. Dies sei vor allem Projekten mit einer hohen Förderquote zu verdanken.

Die Abschreibungen zeigen deutlich den hohen Werteverzehr und damit die Notwendigkeit von Investitionen auf. Die Gegenfinanzierung der Abschreibungen könne nicht selbst erwirtschaftet werden, sondern nur durch die Auflösung der Ertragszuschüsse erfolgen, so dass bei den Abschreibungen i.H.v. 48 Mio. Euro eine Korrektur i.H.v. 29,3 Mio. Euro des buchmäßigen Ertrages erfolgen müsse. Effektiv liege die Belastung der Ergebnisrechnung damit bei 18,7 Mio. Euro. Die nicht erwirtschafteten Abschreibungen entsprechen somit 52,5 % des Gesamtdefizits seit Einführung des NKF.

Abschließend stellte Herr Baudrexl die These auf, dass es selbst bei positiven Rahmenbedingungen, wie im Jahr 2008 mit den hohen Gewerbesteuererträgen, in unterfinanzierten Regionen nicht möglich sei, einen echten Haushaltsausgleich zu erzielen. Allenfalls werde die Möglichkeit bestehen, Kassenkredite zu vermeiden.

Das Ergebnis 2008 sei zwar erfreulich, werde aber voraussichtlich eine „Eintagsfliege“ sein.

Herr **Hupe** dankte Herrn Baudrexl für den Bericht und die feingliedrige Steuerung im investiven Bereich.

Die Rückbetrachtung auf das Jahr 2008 sei ein Lichtblick, so Herr **Kissing**. Demgegenüber sei deutlich geworden, dass sich die Prognose für die nächsten Jahre nicht rosig darstelle. Trotz der nicht erfreulichen Zukunftsaussichten, machen die vorgetragenen Zahlen die vorhandenen Revitalisierungskräfte der Stadt deutlich.

Herr Grosch nahm ab 17.00 Uhr an der Sitzung und der weiteren Beratung sowie Beschlussfassung teil.

Zu TOP 7.
016/2009

Erhöhung der bestehenden Beteiligung an der Trianel GmbH, mittelbare Beteiligung an deren Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen

Herr **Kühnapfel** fragte nach den Auswirkungen einer höheren Beteiligung der GSW an der Trianel GmbH bezogen auf die Perspektiven und einer größeren Gewinnbeteiligung.

Es handele sich hier um eine geringfügige Erhöhung der Anteile, die nur minimale Auswirkungen auf die Gewinnbeteiligungen haben, berichtete Herr **Baudrexl**. Ursächlich für die Erhöhung seien freigewordene Anteile, die zu verteilen waren.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen schließt sich der Empfehlung des Aufsichtsrates der GSW vom 10.03.2009 an und stimmt zu, dass die Vertreter in der Gesellschafterversammlung der GSW entsprechend entscheiden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
017/2009

Mittelbare Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen an der Trianel Windpark Borkum Verwaltungsgesellschaft mbH über die Trianel GmbH
hier: Ausräumung des Gremienvorbehaltes seitens der GSW als Gesellschafter der Trianel GmbH für die Übernahme von weiteren 25% an der Trianel Windpark Borkum Verwaltungsgesellschaft mbH (TWBV)

Beschluss:

Der Rat der der Stadt Kamen schließt sich der Empfehlung des Aufsichtsrates der GSW vom 10.03.2009 an und stimmt zu, dass die Vertreter in der Gesellschafterversammlung der GSW entsprechend entscheiden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beteiligung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH
an der newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Einleitend erläuterte Herr **Hupe** die wesentlichen Aspekte des geplanten Projektes sowie die Hintergründe für das Interesse des Kreises Unna an dem Projekt. Er machte deutlich, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH – kurz WfG –, mit besonderem Blick auf die Interessen der Städte Lünen und Selm, eine Beteiligung zum Zwecke der aktiven Beteiligung und des ungehinderten Informationsflusses anstrebe.

Herr **Kaminski** bemängelte, dass so eine Planung, wie hier vorgestellt, veraltet sei. Da es genügend brachliegende Industrieflächen gebe, sollten heutzutage für solche Vorhaben keine Grünflächen mehr versiegelt werden. Diese Planung sei nicht zeitgemäß.

Herr **Kissing** befürwortete die vorgestellte Planung für das Projekt, auch bezogen auf den räumlichen Aspekt. Er machte deutlich, dass es hierbei keineswegs um die Ansiedlung von Einzelhandel sondern Industrie gehe, die eine größere Fläche benötige. Die vorgesehene Fläche sei eine der wenigen geeigneten Flächen für solche Projekte, unter anderem bezogen auf die benötigte Größe sowie die wohngebietsferne Lage. Grundsätzlich sei ein Agieren über die Stadtgrenzen hinaus ein wichtiger Schritt für eine effektive Wirtschaftsförderung in der Region.

Herr **Kühnapfel** betrachtet die große Dimension des Projektes mit Blick auf die Investorenproblematik und die Vermarktung als zu risikobehaftet. Fraglich sei für ihn, warum der Kreis Unna sich hinsichtlich der marginalen Einflussmöglichkeiten in Datteln engagiere. Er sehe durchaus eine Konkurrenzsituation durch mögliche Abwanderungen von Betrieben. Ebenfalls werde der damit verbundene große Flächenfraß der restlichen Grünzüge abgelehnt. Zusammengefasst seien die positiven Effekte geringer zu bewerten, weshalb seine Fraktion dieses Projekt ablehne.

Frau **Dyduch** hob besonders die Beispielhaftigkeit für eine neue interkommunale Zusammenarbeit in der Region hervor. Auch große Industrieflächen würden in der Region gebraucht, mit der Entwicklung müsse aber sensibel umgegangen werden. Eine örtliche Konkurrenz zur Stadt Kamen sehe sie in dem Projekt nicht. Die SPD-Fraktion stimme der Beteiligung daher zu.

Herr **Ebbinghaus** fragte nach der Möglichkeit das Warensortiment zur Vermeidung örtlicher Konkurrenz zu beschränken.

Es bestehe aufgrund der Minderheitsbeteiligung kein Einfluss auf das Branchensortiment stellte Herr **Hupe** klar. Das Augenmerk liege auf dem Informationsfluss, der dadurch allerdings gesichert sei, so dass die Interessen des Kreises Unna gewahrt werden könnten.

Herr **Kaminski** beanstandete die Verschwendung von Steuergeldern und die Zerstörung von Infrastruktur durch solche Projekte. Das Projekt sei kein Zeichen zukunftsweisender Politik. Arbeitsplätze müssten wohnortsnah angesiedelt sein. Er bemängelte, dass die Kommunen die erwirtschafteten Verluste abdecken müssten.

Herr **Kissing** wies darauf hin, dass die Ansiedlung von Industrie nur erreicht werden könne, wenn auch Flächen bereitgestellt werden. Größere Industrieansiedlungen wieder in die Städte zu holen, könne nicht das Ziel sein. Eine Gesamtbetrachtung zeige, dass nicht nur Flächen und Natur für neue Ansiedlungen verbraucht werden, sondern auch der Rückbau der Industrie und die Rückgabe der Flächen an die Natur stattfinde.

Herr **Knop** äußerte sich zustimmend zu der Beschlussvorlage. Er bezog sich dabei, auf die möglichen positiven Auswirkungen für die Stadt Lünen hinsichtlich neuer Arbeitsplätze und die damit folgenden positiven Auswirkungen auf die Kreisumlage, von denen auch die Stadt Kamen profitieren werde. Zudem sei jede strukturfördernde Maßnahme der Region zu unterstützen.

Die große Industrie sei keine Lösung der regionalen Probleme, argumentierte Herr **Kühnapfel**. Aufgrund der höheren Stabilität müsse man auf kleinere Strukturen setzen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen müsse im Einklang mit Natur- und Umweltschutz stattfinden. Mit Verweis auf die bereits vorhandenen großen Industriebrachen, müsse es daher nicht die Grüne Wiese sein.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen stimmt dem Beschluss des Aufsichtsrates der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH vom 17.02.2009 zur Beteiligung an der newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH zu.

Abstimmungsergebnis: bei 6 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

Zu TOP 10.

Einwohnerfragestunde

Frau **Diester**, wohnhaft im Römerweg 38 in Kamen, bezog sich auf einen Zeitungsartikel der Westfälischen Rundschau über die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes und fragte, ob separate behindertengerechte Toiletten für Männer und Frauen geplant seien und, ob diese selbstreinigend sein werden.

Herr **Baudrexl** führte aus, dass versucht werde, die jetzige bewährte behindertengerechte und selbstreinigende Toilettenanlage wieder zu installieren. Wie genau die neue Toilettenanlage ausgestaltet sei, werde momentan noch verhandelt. Im Kern werde sie aber so sein wie die Bisherige. Es werde keine Geschlechtertrennung vorgenommen und sie werde komplett selbstreinigend sein.

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

11.1 Mitteilungen

Keine

11.2 Anfragen

- 11.21 Herr **Kloß** bezog sich auf ein Schreiben der Eheleute Schürmann an die BG-Fraktion bezüglich des Baugebietes Heeren-Werve. Er bat um Erklärung des Vorganges.

Herr **Baudrexl** berichtete, dass in dieser Angelegenheit selbstverständlich mit den betroffenen Bürgern Gespräche geführt werden. Er erläuterte die generelle Verfahrensweise bei Baugebieten, u.a. dass für den Endausbau ein Mindestmaß an Bebauung von Nöten sei. Dies beruhe u.a. auf die noch durch Baufahrzeuge entstehenden möglichen Schäden. Aus diesem Grund sei der Endausbau erst in den Folgejahren im Haushalt vorgesehen.

Herr **Hupe** informierte, dass mit dem Schreiben eine Auskunft über die Höhen für den Endausbau begehrt werde. Dies könne für die Bauherren relevant sein für eine zeitnahe Anlegung von beispielsweise Einfriedungen oder Zufahrten, die den Richtwerten entsprechen.

- 11.22 Der Presse habe er entnommen, so Herr **Kaminski**, dass die Verwaltung Einfluss auf eine Änderung der Nutzungsrichtlinien für das Monopogelände nehmen will. Er fragte an, ob Vergrößerungen in Richtung Süden und Westen bedacht worden seien.

Eine Vergrößerung sei nicht das Problem, sondern andere Ansiedlungsparameter die zur Zeit Hemmnisse bei der Neuansiedlung darstellen, so Herr **Hupe**. Die Verhandlungen werden direkt mit der zuständigen Geschäftsführung geführt.

gez. Hupe
Vorsitzender

gez. Tost
Schriftführer